



Nachhaltige Bildungsreformen

Die Grundlage für Innovationspolitik

Bildungspolitik ist ein wichtiges Steuerungsinstrument zur Gestaltung unserer Gesellschaft und natürlich auch unserer Wirtschaft. Es ist allerdings eher ein Mittel von mittel- bis langfristiger Wirkung. Wissend, dass uns aus Sicht der demographischen und globalen wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten gravierende Veränderungen bevorstehen, müssen heute gut geplante Veränderungen im Bildungssystem vorgenommen werden.

Wie auch bei anderen politischen Schwerpunktthemen gibt es viele gute, wissenschaftlich fundierte Vorschläge zu einer Reform. Forderung an die Politik ist eine rasche Konsensbildung in und zwischen den Parteien, den Kultusministerien und dem Bundesministerium für Forschung und Bildung. Ebenso sind die bildungspolitischen Sprecher/innen und die Ausschüsse im Bundestag aufgefordert, eine nachhaltige Bildungsreform in Angriff zu nehmen, die weit über eine Diskussion um Elite-Universitäten hinausgeht.

Als Unternehmervverband fordert UnternehmensGrün verstärkte Investitionen in unser Bildungssystem. Wir sehen dabei den Bedarf der Wirtschaft an gut ausgebildeten Kräften in

der Breite – kleine Eliten sind nicht unser Ziel. Ebenso zentral erscheint uns eine stärkere Einbringung von Fragen der Wirtschaftslehre und der Förderung von Unternehmergeist und Existenzgründung auf allen Ebenen der schulischen und beruflichen Bildung.

Als Unternehmer/innen stellen wir einige Positionen zur praktischen Umsetzung einer langfristigen und zielorientierten Bildungsreform vor. Diese Positionen – auch wenn sie nicht vollständig sein können – sollen gleichzeitig grundsätzliche Fragen eines nachhaltig organisierten Wirtschafts- und Gesellschaftsbildes für eine erfolgreiche Zukunft des Standortes Deutschland aufwerfen:

- Erhöhung der Qualität der Bildung
- Mehr Effizienz in den einzelnen Bildungseinrichtungen
- Entbürokratisierung auf allen Ebenen
- Autonome Mittelverwaltung in Schulen und Universitäten
- Controlling und Evaluierung als Standard auf allen Ebenen
- Förderung des Unternehmergeistens als Bildungsziel

Da Unternehmen in vielerlei Hinsicht auf qualifizierte Auszubildende und Hochschulabsolventen angewiesen sind, gleichzeitig aber auch durch die gezahlten Steuern die Finanzierung sichern müssen, erheben sie den Anspruch auf eine rasche Umsetzung der hier aufgeführten Positionen.

Kostenloses Angebot frühkindlicher Bildung für alle

Wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass im Kleinkindalter wesentliche Grundlagen für die spätere kognitive und emotionale Entwicklung gelegt werden. Offensichtlich nicht nachweisbar ist, dass dies nur in der Kleinfamilie passiert, in der die Mutter daheim bleibt. Wichtig scheint zu sein, dass die Kinder überhaupt emotionale Bindung erfahren und altersgerechten Lernsituationen ausgesetzt sind. Wenn also unsere Gesellschaft die Großfamilie und die daraus resultierenden Wechselwirkungen nicht mehr „anbietet“, dann sollte jedes Kind die Chance bekommen, ab einem bestimmten Alter diese Erfahrungen zu machen. Ein altersgemischter Kindergarten in anregender Umgebung mit zugewandten und motivierten Erzieherinnen und Erziehern in Vorbildfunktion ist eine klare Forderung. Für jedes Kind, zumindest als Möglichkeit.

Die Kosten dafür dürfen kein Hindernis sein. Denn hier und fast nur hier besteht die Möglichkeit, eine sozial gerechte Grundlage für die Bildungs- und Zukunftschancen zu legen. Förderung und Entwicklung eines Kindes muss zu diesem Zeitpunkt entstehen. Systematisch entwickelt und allen angeboten werden. Als man sich entschloss, die Schulpflicht einzuführen, wusste man noch nicht so genau, wie wichtig die Entwicklung im Kleinkindalter ist. Heute weiß man es wissenschaftlich nachgewiesen – und heute sollte auch über eine „Kindergartenpflicht“ diskutiert werden dürfen.

Im besonderen Masse gilt dies für die Förderung von Migrantenkindern, die ohne eine frühkindliche Ausbildung in der Deutschen Sprache keine Chance im Bildungssystem haben werden. Und gerade diese Zuwanderer

werden zum Ausgleich für die sinkende Geburtenrate dringend in der Wirtschaft benötigt, und zwar gut ausgebildet!

Ein erfolgreiches Schulsystem

Nach einer vielleicht zukünftigen 9-jährigen binnendifferenzierten „Grundschule“ (wenn den deutschen Erziehungswissenschaftlern nicht geglaubt wurde, dann nun vielleicht den PISA-Experten) kommt die Entscheidung, die Schule fortzuführen oder sich für eine Ausbildung zu entscheiden. Ein anschließendes 10. Schuljahr mit dem Schwerpunkt auf praktischem Lernen in Betrieben, wozu es schon einige vielversprechende Modelle gibt, wäre die Zeit für alle, sich für einen möglichen Berufsweg zu entscheiden oder sich zumindest grob zu orientieren.

Danach folgt eine duale oder schulische Berufsausbildung oder eine 3-jährige Oberstufe mit akademischer Zielrichtung. Dazu werden die Schüler beraten und auch auf Eignung getestet. Nach dieser Zeit muss eine wesentlich höhere Durchlässigkeit zu den verschiedenen tertiären Bildungsebenen gewährleistet sein. Die Schule sollte sich dringend modernisieren lassen und Folgendes bieten:

- Standardisierung und Benennung der Bildungsziele
- Autonome Mittelverwaltung
- Einrichtung von Ganztagschulen flächendeckend als Angebot für alle
- Verstärkte Kooperation mit Unternehmen durch Praktika für Schüler und Lehrer zum besseren Verständnis von Wirtschaft
- Einbindung des Berufsbilds „Unternehmer/Unternehmerin“ in den Lehrplan
- Beratung der Schüler zu Bildungs- und Berufsmöglichkeiten auf allen Stufen
- Kooperation mit Hochschulen, Vorbereitung von Eingangstests und qualifizierende Vorsemester, um die tatsächliche Eignung und auch das wirkliche Interesse am Bildungsgang frühzeitig auf den Prüfstand zu stellen, damit teure „Investitionen“ in zu viele Abbrecher vermieden werden können.

Überprüfung und permanente Anpassung der Ausbildungsberufe durch die Kammern

Das duale System ist ein in aller Welt hoch anerkanntes und erfolgreiches Modell. Leider wird es an einigen Stellen sehr von Bürokratie und unflexiblen Regularien behindert. Hier gilt es, eine stärkere Kooperation zwischen Schulen und Betrieben zu finden. Zwangsabgaben sind bürokratische Anachronismen. Wichtiger wären positive Anreize und interne Reformen. Beispielsweise sollte man bei den Ausbildungsvergütungen über eine einheitliche Grundbezahlung plus betriebsinterne Zuschläge nachdenken. Auch über eine Verringerung der Kammerbeiträge für Ausbildungsbetriebe muss diskutiert werden. Mehr zweijährige Kurzzeitausbildungen sind zudem eine Möglichkeit, auch in kleineren Betrieben Ausbildung zu ermöglichen. Und sie bieten auch leistungsschwächeren Jugendlichen die Chance auf eine Berufsausbildung mit Abschluss.

Hochschule für viele – im Wettbewerb unternehmerisch geführt

Die unsägliche Diskussion um Elite-Universitäten macht die ganze Hilflosigkeit der Politik deutlich. Auf der einen Seite werden mehr Akademiker gefordert, was auch seine Berechtigung hat. Auf der anderen Seite ist die Finanzsituation in vielen Kommunen derart angespannt, dass die Mittel bei Kindergärten, Vorschulen und Schulen gekürzt werden. Hier liegt ein Fehler im System, denn es wird dort gespart, wo das Fundament zur späteren (Hochschul-) Bildung gelegt werden muss.

Nur eine betriebswirtschaftliche Orientierung der Hochschulen, mit klaren Zielvorgaben für die Lehrenden und Studierenden macht heute Sinn. Der Spaß am Studium, und der Wille nach Umsetzung des Gelernten im richtigen Leben muss stärker miteinander verbunden werden. Hochleistung sollte an allen Universitäten möglich sein, damit sich die „Eliten“ aus einem ernsthaften Wettbewerb entwickeln. Denn nicht jedes „Genie“ wird schon im ersten Semester entdeckt.

Auch wenn einige Forderungen zur Reform des Hochschulwesens bekannt sind, sollen sie hier noch einmal thematisiert werden:

- Effizienzsteigerung alleine durch deutliche Verringerung der Abbrecherquote – durch Eignungstests und permanente Evaluation der Studienergebnisse
- Autonome Mittelverwaltung unter Kontrolle eines Aufsichtsrates
- Leistungsorientierte Bezahlung von Hochschullehrern als Angestellte (auch qua Abschlussresultate der Studenten)
- Einführung von Studiengebühren, kompensiert durch gleichzeitige Darlehensgewährung und Bafög
- Kooperationen mit Unternehmen und Einführung von Stiftungen, Entwicklung einer Stipendienkultur für Leistungsträger
- Berichtspflicht der Hochschulen über Ergebnisse in Forschung *und* Lehre
- Institutionalisierung von Beratung zu Möglichkeiten der Selbstständigkeit, um die Quote der Existenzgründer/innen aus den Universitäten heraus zu erhöhen. (UnternehmensGrün hat hierzu das innovative Projekt „UnternehmerPraktikum“ entwickelt.)

Berufliche Weiterbildung

Lebenslanges Lernen ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Allerdings wird es noch nicht in allen Bereichen systematisch realisiert. Vor allem kleine Unternehmen haben selten die Ressourcen, ihre Mitarbeiter/innen auf lange und teure Schulungen zu schicken. Dort fehlen Anreize und Möglichkeiten, diese notwendigen Maßnahmen durchzuführen. Alleine dadurch geraten Kleinunternehmen immer stärker ins Hintertreffen gegenüber den Großen.

Berufsbegleitende Weiterbildung ist unerlässlich. Viele Angebote sind schwer in ihrem Erfolg zu bewerten. Schwerpunkt sollte die von und in den Unternehmen organisierte Weiterbildung sein. Speziell die vom Arbeitsamt aus Versicherungsbeiträgen und Steuern finanzierte Weiterbildung ist zum Teil anerkannt fragwürdig.

Einem „Training-on-the-job“ in der wirtschaftlichen Wirklichkeit sollte grundsätzlich Vorrang eingeräumt werden. Der Lernende erkennt dabei selbst schnell, ob er auf dem richtigen Weg ist. Und die Unternehmen können leicht beurteilen, ob jemand in die richtige Richtung lernt. Während sich ein Mitarbeiter eines Unternehmens z.B. fortbildet, kann ein Arbeitssuchender ein „Praktikum“ auf dessen Stelle machen. Das lässt sich zumindest bei nicht zu hoch qualifizierten Arbeiten fast immer realisieren.

Aus Sicht der Unternehmen sollten folgende Punkte bedacht werden:

- Strenge Auflagen für Weiterbildungsangebote, die vom Arbeitsamt angeboten werden. Diese müssen ebenso wie die Angebote freier Träger regelmäßig auf Effizienz überprüft werden.
- Reduzierung der staatlich geförderten Angebote auf ein Minimum
- Institutionalisierte Kooperation von Bildungsträgern mit Unternehmen (keine PC-Schulungen ohne Praktikum etc.)
- Berichtspflicht der Bildungsträger
- Verlagerung auf individuelle Fortbildung in den Betrieben
- Verstärkte Öffnung der staatlichen Bildungsinstitutionen für Weiterbildung

Mit der Reform des Bildungssystems muss schnell und bald begonnen werden. Als erster Punkt sind die Bildungseinrichtungen selbst aufgefordert, die Effizienzreserven in der einzelnen Institution aufzuspüren. Der Forderung nach mehr Geld für die Bildung sollte die Politik erst dann nachkommen, wenn die Reserven erkannt und genutzt worden sind. Dazu müssen sich Schulen und Universitäten einem modernen Management stellen, das sich einer betriebswirtschaftlichen Analyse von Input und Output nicht verwehrt.

Der Bund und die Länder sind explizit aufgefordert, die Bildungsreformreform schnell und gemeinsam anzupacken, denn nur miteinander lassen sich auch schwierige Reformschritte wie

die Abschaffung des Beamtenstatus für Lehrer, autonome Mittelverwaltung und Etablierung von flächendeckenden Vorschulen und Ganztagschulen einleiten. Unternehmer/innen sind bereit, durch Partnerschaften mit Schulen auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu leisten. Es sollte aber auch darüber nachgedacht werden, ob es nicht viele ungenutzte Ressourcen gibt. Arbeitssuchende mit pädagogischer Ausbildung könnten gegen einen Aufschlag auf Transferleistungen wie Sozialhilfe und Arbeitslosengeld für die Betreuung im Nachmittagsbetrieb der zu fördernden Ganztageschulen angeworben werden – zum Beispiel beim Nachhilfeunterricht zum Erwerb der deutschen Sprache.

Es wird notwendig sein, kreative und auch ungewöhnliche Wege zu beschreiten, um schnell zu einem Ergebnis zu kommen. Die reine Forderung, mehr Geld ins System zu pumpen, sollte nicht erfüllt werden, wenn nicht nachgewiesen wird, dass dieses Geld auch nachhaltig und permanent kontrolliert im Sinne eines effektiven und zielorientierten Bildungssystems eingesetzt wird.

Die ständige Anpassung an technische, soziale und globale Veränderungen muss dem Bildungssystem immanent sein, damit nicht ständig neue Reformen gefordert wird. Antizipierendes Planen und Handeln innerhalb eines „selbstlernenden Bildungssystems“ sollte bei der heutigen Umstrukturierung wesentlicher Bestandteil sein. Wie so etwas praktisch funktioniert, können Bildungseinrichtungen von Unternehmen lernen.

Und es wäre sehr erfolgversprechend, wenn die betroffenen Schüler, Lehrer, Studenten, Ausbilder und auch Eltern sich am Reformprozess beteiligten. Teamarbeit und Partizipation sind auch in allen Unternehmen ein Garant für Erfolg. Denn Innovationen, gerade auch innovatives Denken und Handeln, können nicht befohlen werden, sondern müssen von einer breiten Basis aller Beteiligten getragen werden.

Matthias Kaiser

Vorstand UnternehmensGrün